

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

1999



2004

*Plenarsitzungsdokument*

10. März 2004

B5-0118/04 }  
B5-0119/04 }  
B5-0120/04 } RC1

## **GEMEINSAMER ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

eingereicht gemäß Artikel 37 Absatz 4 der Geschäftsordnung von

- Elmar Brok und Othmar Karas im Namen der PPE-DE-Fraktion
- Enrique Barón Crespo, Klaus Hänsch, Giorgio Napolitano und Richard Corbett im Namen der PSE-Fraktion
- Andrew Nicholas Duff im Namen der ELDR-Fraktion

anstelle der Entschließungsanträge folgender Fraktionen:

- PSE (B5-0118/04),
- PPE-DE (B5-0119/04),
- ELDR (B5-0120/04),

zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 25.-26. März 2004

## **Entschließung des Europäischen Parlaments zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 25.-26. März 2004**

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf den vom Europäischen Konvent ausgearbeiteten Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa,
  - unter Hinweis auf seine Entschließungen vom 24. September 2003, 2. Dezember 2003, 18. Dezember 2003 und 29. Januar 2004,
  - unter Hinweis auf die Tagung des Europäischen Rates am 25. und 26. März und auf die Wahlen zum Europäischen Parlament am 10.-13. Juni,
  - gestützt auf Artikel 37 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass bei der Regierungskonferenz bereits eine weitgehende Einigung über den Verfassungsentwurf des Konvents erzielt wurde,
1. fordert jedes Mitglied des Europäischen Rates auf, die nötige Flexibilität an den Tag zu legen, um einen Stillstand der Regierungskonferenz zu vermeiden;
  2. gibt warnend zu bedenken, dass eine Einigung über bei der Regierungskonferenz noch anhängige Fragen zu einem späteren Zeitpunkt nicht leichter erzielt werden dürfte als jetzt;
  3. fordert den Europäischen Rat eindringlich auf, bei seiner Tagung am 25.-26. März die unverzügliche Wiederaufnahme der Regierungskonferenz zu beschließen, so dass vor dem 1. Mai 2004 auf der Grundlage des vom Konvent vorgelegten Vertragsentwurfs endgültig eine Verfassung angenommen werden kann, ohne deren grundlegendes Gleichgewicht zu ändern, was einige der im Rahmen der Regierungskonferenz vorgelegten Vorschläge zu tun drohen<sup>1</sup>;
  4. weist warnend darauf hin, dass durch das Abstimmungssystem des Vertrags von Nizza, das am 1. November in Kraft treten wird, die Entscheidungsfindung im Rat noch schwieriger werden wird als jetzt;
  5. fordert den irischen Vorsitz auf, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die derzeitige Pattsituation zu überwinden, und unterstützt umfassend jedwede Initiative, die einen positiven Abschluss der Regierungskonferenz ermöglicht;
  6. ist der Ansicht, dass ein Nichtzustandekommen einer Einigung über die Verfassung den Integrationsprozess beeinträchtigen, Erwägungen der Union im Hinblick auf eine nächste Erweiterung unmöglich machen und zu einem verheerenden Solidaritäts- und Legitimationsverlust führen würde;
  7. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Europäischen Rat sowie den Parlamenten der Mitgliedstaaten und Beitrittsländer zu übermitteln.

---

<sup>1</sup> insbesondere CIG 60/03